

**Eva-Maria u.
Hans Dietrich**

E. u. H. Dietrich · Julius-Leber-Straße 2 · 33332 Gütersloh

Einschreiben/Rückschein
Die Linke
Vorsitz und Stellvertretung
Kleine Alexanderstraße 28

Julius-Leber-Str. 2
33332 Gütersloh
Tel.: 05241/55803
Fax: 05241/9975313
E-Mail:
hd.base@gmx.net
Internet:
www.hansdietrich.de

10178 Berlin

19.05.2008

Frage an die beiden Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag

FDP und Die Linke:

Darf die Tatsache Bestand haben, dass Kapitalkraft über den von unserer Verfassung garantierten Werten steht?

Sehr geehrte Damen und Herren,

anhand unserer nun inzwischen mehr als 15 Jahre andauernden negativen Erfahrungen mit der NRW-Justiz gewinnen wir zunehmend den Eindruck, dass in diesem Bundesland dem Kapital der Firma Miele Priorität gegenüber unserer Verfassung eingeräumt wird.

In dem `Offenen Brief` an die CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen, der Ihnen zur Information zugegangen ist, wurde das bereits näher erläutert. Außerdem – allerdings unterschiedlich detailliert – geschah dies in allen anderen bisher veröffentlichten `Offenen Briefen` (siehe www.hansdietrich.de, „aktuelles“). So auch in unserem Schreiben an die Bundeskanzlerin vom 29.04.2008. Darin haben wir noch einmal deutlich auf die fatalen Rechtsverletzungen hingewiesen und unter Berufung auf die Art. 28 und 37 des Grundgesetzes um die Ausschöpfung der damit verbundenen Möglichkeiten gebeten. Den Brief mit den entsprechenden Anlagen fügen wir bei.

Es wird wohl kaum offensichtlichere Belege dafür geben, die zeigen, wie in der Verfassung garantierte Werte verhöhnt, rechtspflegerische Pflichten missbraucht und in Politiker gesetztes Bürgervertrauen hintergangen werden. Die mit unserer Angelegenheit befassten Amtsträger der Rechtspflege und Politiker haben – das geht aus den Unterlagen jedenfalls eindeutig hervor – rechtsstaatliche Grundsätze wissentlich außer Kraft gesetzt, um wirtschaftskriminelle Machenschaften zu Gunsten des kapitalkräftigen Unternehmens Miele zu vertuschen.

Die an dieser Verschleiерungsaktion aktiv Beteiligten stellen damit unter Beweis, dass sie nicht gewillt sind, unsere auf der Verfassung bestehende Ordnung – die wir für gut halten – zu schützen. Im Gegenteil, sie unterstützen Unterschlagung, Betrug, Parteiverrat, Rechtsbeugung, bewusste Falschermittlungen und Nötigung. Sie scheinen

einen anderen Staat zu wollen. Denn mit ihrer Handlungsweise gewähren sie dem milliardenschweren Unternehmen eine eigene Rechtslage. Das weiß die Firma bereits auch anderweitig zu nutzen.

Wir können uns nicht vorstellen, dass dieses verfassungsfeindliche und -aushöhlende Verhalten weder von Ihnen noch von der Mehrheit der Bundesbürger akzeptiert wird. Hat, um die oben gestellte Frage noch einmal aufzugreifen, dieser offensichtliche Tatbestand nicht schon viel zu lange angehalten, muss er nicht sofort beendet werden und durfte es überhaupt so weit kommen? Wir würden uns freuen, wenn Sie uns in unserem Bemühen um Rechtssicherheit unterstützen würden.

Vielen Dank für Ihre Antwort!

Mit freundlichen Grüßen

gez. Eva – Maria Dietrich

Hans Dietrich

Anlagen: Der 'Offene Brief an die Bundeskanzlerin vom 29.04.2008 nebst dazugehörigen Unterlagen